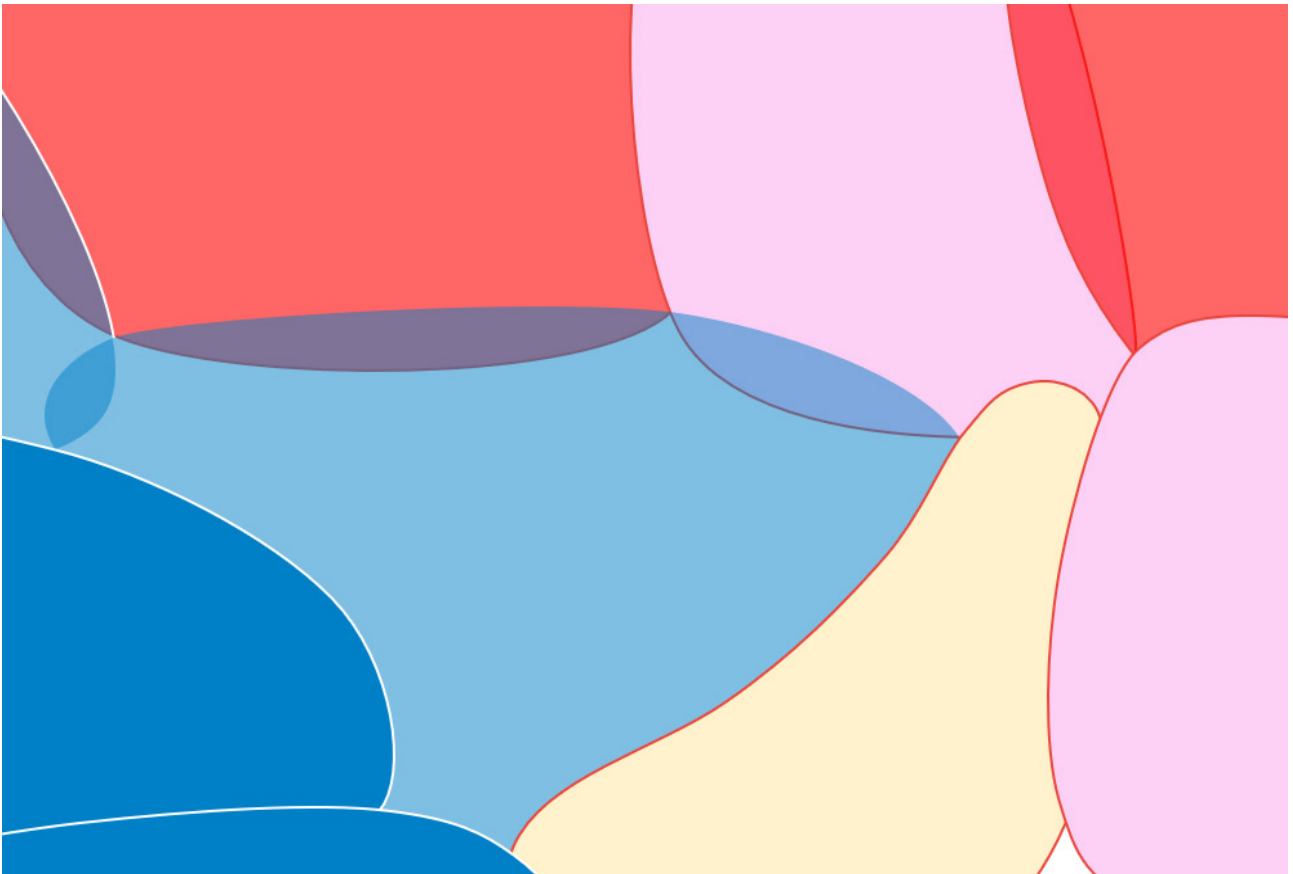




Die Milieus der Mitte im Kontext von Krisen und Rechtspopulismus

EIN LAGEBILD IM HERBST 2023

Die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Herausforderungen und Krisen halten Gesellschaft, Staat und Kommunen in Atem. Diese reichen von der Energie- und Klimakrise über eine längere Inflationsphase mit eingeschränkten Wachstumserwartungen, eine steigende Zuwanderung, einen heftigen Einbruch im dringend nötigen Wohnungsbau bis hin zu den Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten. Eine Mehrheit nimmt die Regierung als überfordert wahr, zugleich kommt es zu heftiger Kritik an Institutionen und zu gravierenden Verschiebungen in den parteipolitischen Präferenzen. Eine Melange aus Orientierungsverlust, Gegenwarts- und Zukunftssorgen, verbunden mit breiter Kritik am politischen Handeln und Kurs der Koalition sowie zunehmendem autoritären Denken haben der rechtspopulistischen bis rechtsextremen Partei Alternative für Deutschland (AfD) zu einem demoskopischen Höhenflug verholfen, der sich inzwischen auch in den Landtagswahlergebnissen in Bayern und Hessen am 8. Oktober 2023 ausgedrückt hat. Diese Entwicklung reicht bis in die moderne, jüngere bürgerliche Mitte, die bis vor kurzem als aufgeschlossen und weithin bereit für Modernisierungsmaßnahmen galt. Wie ist diese Entwicklung zu erklären? Einen wichtigen Beitrag dazu leistet, wie zu zeigen ist, die Lebenswelt- bzw. Milieuforschung.

Der demoskopische Zuwachs der AfD

In zwei Sprüngen, während der Diskussion über die künftige Energieversorgung vom Juli bis Oktober 2022 und angesichts steigender Asylzuwanderung und dem umstrittenen Gebäudeenergiegesetz („Heizungsgesetz“) zwischen Mai und Juli 2023 verdoppelten sich die demoskopischen Werte der AfD in der „Sonntagsfrage“ auf mehr als 20 %¹; der demo-

¹ In Umfragen in den Ländern im September und Oktober 2023 wurden Anteile von 35 % in Sachsen, 34 % in Thüringen, 32 % in Brandenburg, 35 % in Mecklenburg-Vorpommern sowie 22 % in Baden-Württemberg und 18 % in NRW festgestellt. Die Landtagswahlen in Bayern und Hessen am 8.10.23 beendete die AfD auf Rang 3 bzw. 2. – Zu den Niveauunterschieden zwischen West- und Ostdeutschland: Vgl. die Leipziger Autoritarismus-Studie 2022 vom Mai 2023: Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Psychosozial Verlag 2023. Auch Reckwitz betont, dass die AfD keine „spezifisch ostdeutsche Erscheinung“ sei. Stern, 26.7.2023. Siehe auch Georgi, O.: Gegen das System, FAS 1.10.2023

skopische Mittelwert lag Anfang November bei 21 %. Die Frage lautet: Verfestigt sich dieser Zustand, wie Reckwitz glaubt, oder ist die AfD ein „Scheinriese“²?

Zwar halten weiterhin die meisten Befragten die AfD für „nicht wählbar“, nur 24 % sehen das anders, allerdings bedeutet dies einen Zuwachs von 6 Punkten zum Mai 2021. Etwa 23 % der Befragten in der neuen „Mitte-Studie“ 2022/23 sieht die AfD als Partei „wie jede andere auch“, weitere 14 % können sich dieser Aussage teilweise anschließen.³ Ein nicht unerheblicher Anteil der Anhängerinnen und Anhänger von FDP, Union und selbst der SPD können sich im Herbst 2023 eine Stimmabgabe für die AfD vorstellen⁴ – und haben dies bei den Landtagswahlen am 8. Oktober in Bayern und Hessen im Vergleich zur letzten Wahl realisiert⁵.

Besorgnisse, aber auch Kritik⁶, haben die Befunde der neuen Mitte-Studie ausgelöst, wonach sich der Anteil der Bevölkerung mit einem „manifest rechtsextremen“ Weltbild⁷ von 2 % in den Vorjahren auf 8 % Anfang 2023 vervierfacht hat. Ein solches Weltbild sei bei einem knappen Viertel der Befragten mit AfD-Präferenz festzustellen, allerdings auch bei FDP-, SPD- und Unionsanhängerinnen und -Anhängern⁸.

Je nach Fragestellung, Items, Skalierung und Erhebungszeitraum kommen andere Studien allerdings zu deutlich abweichenden Ergebnissen. In einer Allensbach-Umfrage vom August 2023 werden z. B. „nur“ 13 % der AfD-Sympathisantinnen und -Sympathisanten als „rechtsextrem“ eingestuft, weitere 43 % (Gesamtbevölkerung: 12 %) als „ausgeprägt rechts denkend“ (siehe Abbildung 2)⁹.

² So Bender, J.: Ein Scheinriese namens AfD, FAZ-Online, 10.06.2023; Interview mit Andreas Reckwitz, Stern, 26.7.2023

³ Zick, A., Küpper, B., Mokros, N. (Hg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Dietz-Verlag 2023, S.104f

⁴ Infratest Dimap: ARD Deutschland-Trend, September 2023

⁵ Infratest Dimap, Wählerwanderung Landtagswahlen 8.10.2023 In Hessen hat die AfD von allen Parteien Stimmen gewonnen.

⁶ Knabe, H.: Wenn Forscher selbst SPD-Wählern ein „manifest rechtsextremes Weltbild“ bescheinigen, Welt, 28.9.2023

⁷ Zu den Dimensionen des Rechtsextremismus werden u. a. Nationalchauvinismus, Fremdenfeindlichkeit, Sozialdarwinismus oder Verharmlosung der NS-Diktatur gezählt.

⁸ Distanzierte Mitte, a.a.O., Tabelle 3.3

⁹ IfD-Allensbach: Protest und die Sorge vor Einwanderung. Eine Dokumentation des Beitrags von Dr. Thomas Petersen

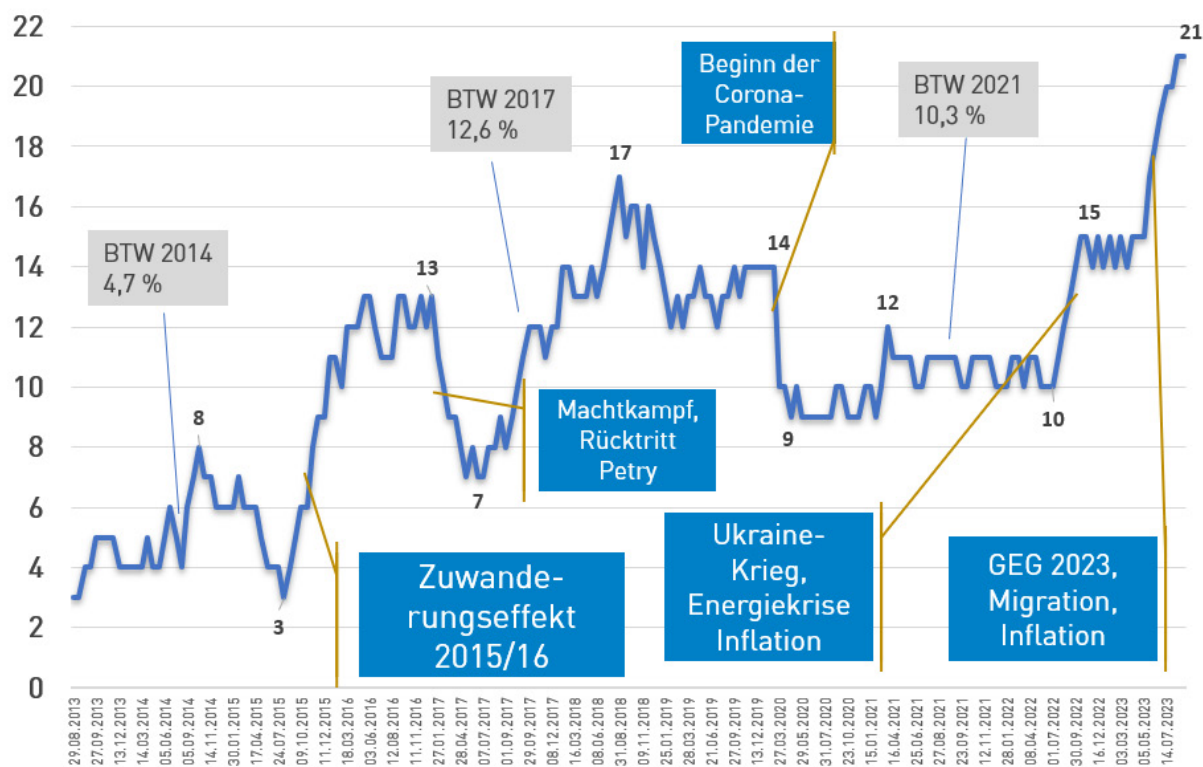


Abbildung 1: AfD-Umfragewerte 2013 bis 2023, Datenbasis Forschungsgruppe Wahlen 2013 bis Oktober 2023; eigene Darstellung

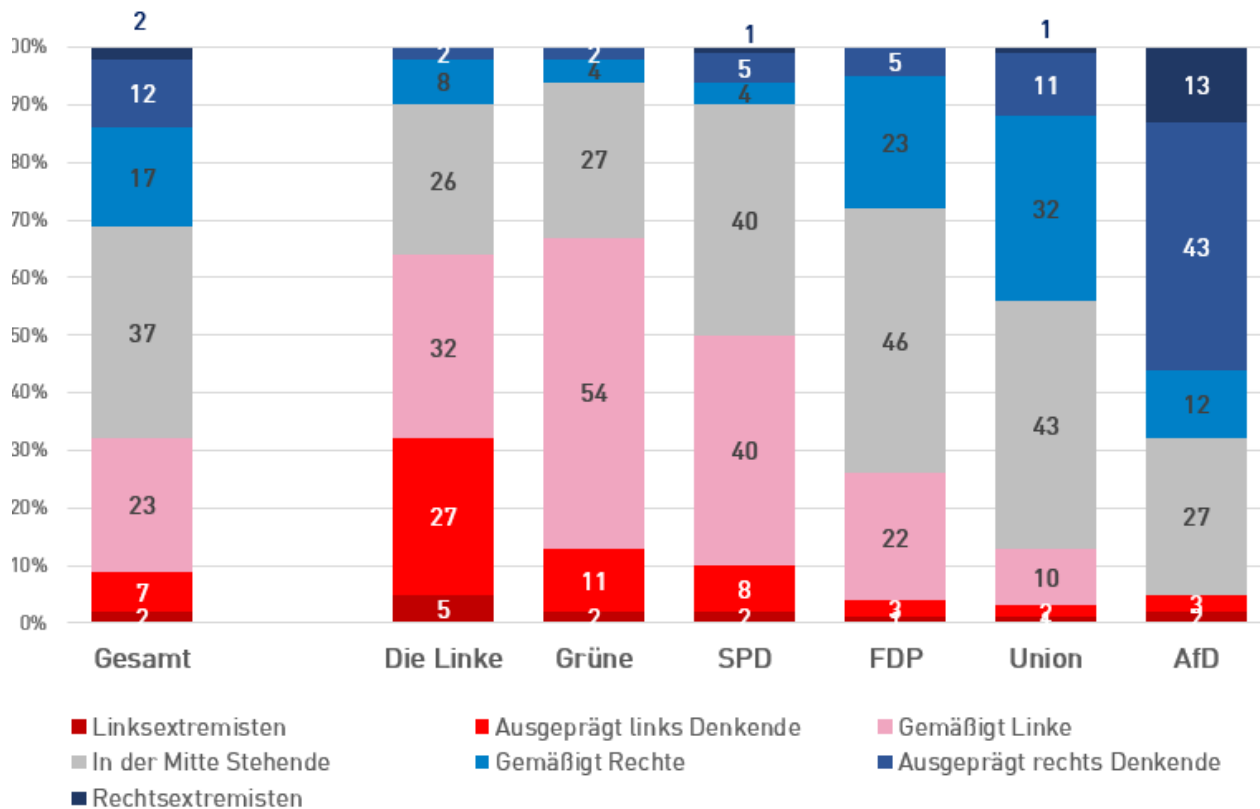


Abbildung 2: Politische Positionierung und Extremismus der Parteianhänger 2023, Quelle: IfD-Allensbach; eigene Darstellung

Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass der Anstieg rechtsextremer Einstellungen nicht geeignet ist, den demoskopischen Aufschwung der AfD im Sommer und Herbst 2023 allein zu erklären¹⁰. Tatsächlich handelt es sich – auf Basis der Radikalismus-Skala – bei 40 % derjenigen, die aktuell die AfD wählen (wollen), um Personen, die sich selbst als „gemäßigt rechts“ oder „in der Mitte stehend“ positionieren. Die verstärkte Zuwendung zur AfD ist offenbar stärker mit Protesteinstellungen, Unzufriedenheit mit der Politik und weitreichenden Zukunftssorgen zu erklären als mit zunehmendem Rechtsextremismus.

Unzufriedenheit mit der Demokratie und der Arbeit der Regierung

Der demoskopische AfD-Zuwachs korrespondiert mit einem deutlichen Rückgang der Zufriedenheit mit der „Demokratie – so wie sie funktioniert“ und insbesondere mit der Arbeit der Regierung zur Halbzeit der Legislaturperiode.

Demokratievorstellungen und Rechtspopulismus

Mit Blick auf die häufig analysierte Zufriedenheit mit der Demokratie sind die konkreten Fragestellungen¹¹ und der Erhebungszeitpunkt¹² zu berücksichtigen, vor allem aber das Demokratieverständnis der Befragten. So hat eine große Mehrheit von 91 % der 2023 für die Studie „Demokratische Integration 2.0“ Befragten weiterhin Vertrauen in die Demokratie als Regierungsform¹³.

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 196 vom 24. August 2023

¹⁰ Zum Zeitpunkt der Mitte-Studie-Erhebung im Januar 2023 bewegte sich der demoskopische Anteil der AfD bei 12 -15 %, deutlich entfernt von den 19-23 % im September 2023.

¹¹ Harfst, P. (2023): „Was genau erfragen wir eigentlich, wenn wir nach „Demokratiezufriedenheit“ fragen?“ In: Demokratie-Dialog 12 (2023) S. 4–13. doi: 10.17875/gup2023-2367

¹² Nach einer Umfrage 2022 konstatiert die FES: „Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ist trotz vielfältiger Krisen stabil und steigt sogar leicht“. FES (Hg.): Demokratievertrauen in Krisenzeiten Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft? Volker Best, Frank Decker, Sandra Fischer, Anne Küppers. April 2023

¹³ Bevölkerungsumfrage im Rahmen der Studie „Demokratische Integration 2.0.“ für die Deutsche Stiftung Ehrenamt und Engagement. Nach Infratest-Dimap: Deutschlandtrend

Auch in benachbarten Ländern ist die grundsätzliche Zustimmung zur „Demokratie als Idee“ ähnlich groß¹⁴.

Anders sehen die Antworten dann aus, wenn nach der „Demokratie so wie sie in Deutschland funktioniert“ gefragt wird. Nach einer Befragung der Konrad Adenauer Stiftung ist die Zufriedenheit von Dezember 2022 bis Juni 2023 von 52 auf 38 % zurückgegangen, besonders stark im Westen¹⁵. Laut Deutschlandtrend waren im Oktober 2023 44 % (eher) zufrieden, ein Minus von 7 Punkten. Wie die Uni Hohenheim ermittelte, besteht zudem ein starker Zusammenhang zwischen dem Ausmaß an Unzufriedenheit und populistischen Einstellungen¹⁶.

Neben der Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit spielt beim (Rechts-) Populismus eine abweichende, „basisdemokratische“ Grundüberzeugung eine wichtige Rolle, nach der „die gewöhnlichen Menschen ihr Schicksal selbst bestimmen“ sollten. Die Anhänger und Anhängerinnen dieser Vorstellung erleben eine doppelte Entfremdung. Für sie sind „die politischen Prozesse vom demokratischen Ideal weit entfernt, unübersichtlich, schlecht nachvollziehbar und nicht beeinflussbar“. Populistische politische Kräfte erstarken, wenn das System einer Repräsentation in der repräsentativen Demokratie in die Krise gerät, wenn sich also wichtige Segmente der Gesellschaft im politischen System nicht repräsentiert und in ihren Interessen geschützt fühlen¹⁷. Es ist allerdings, wie Analysen zeigen, die Vorstellung von der Not-

Oktober 2023, sind es 85 %.

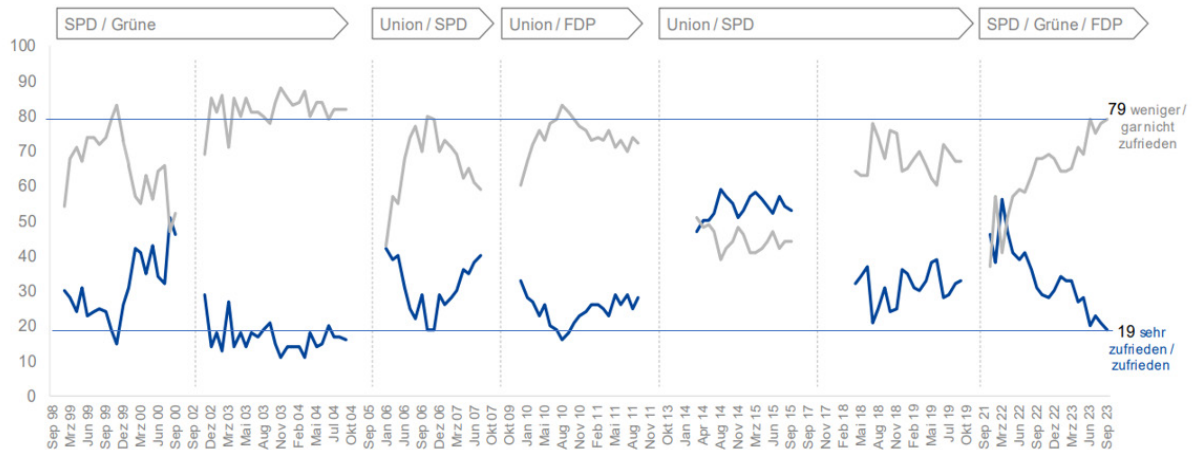
¹⁴ Basis ist eine Befragung in Deutschland, Frankreich, Polen und Schweden. Siehe: Demokratievorstellungen unter Verteidigern und Entdeckern: Wer möchte welche Form der Demokratie? in Von Verteidigern und Entdeckern. Ein neuer Identitätskonflikt in Europa. Springer VS 2022, S.23ff

¹⁵ Pokorny, S: „Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt ...“ Repräsentative Trend-Umfrage zu Zufriedenheit, Vertrauen, Populismus und Parteisympathie. Berlin, KAS, August 2023; Infratest Deutschlandtrend Oktober 2023. – Einen geringeren Rückgang der Demokratiezufriedenheit in Deutschland konstatiert der Eurobarometer (Nr.99). Allerdings ist die Unzufriedenheit von 25 % 2019 auf 35 % im Juni 2023 angewachsen.

¹⁶ Universität Hohenheim (Hg.): Rechtspopulismus, Verschwörungs-Erzählungen, Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen in Deutschland, 2023. Stuttgart August 2023, S.31-32

¹⁷ Küchenhoff, J.: „Angriffe auf Verbindungen“ – Zur Sozialpsychologie des Populismus. Forum Psychoanalyse 39, 243–257 (2023). <https://doi.org/10.1007/s00451-023-00514-y>

Zeitverlauf – bis zwei Jahre nach der Wahl sehr zufrieden / zufrieden



Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weniger zufrieden / gar nicht zufrieden / weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

Abbildung 3: Zufriedenheit mit der jeweiligen Bundesregierung 1998 bis 2023, Quelle: Infratest Dimap

wendigkeit zur Durchsetzung des – vermeintlichen – Mehrheitswillens, die noch stärker als rein populistische Überzeugungen zur Wahlbereitschaft für die AfD beitragen¹⁸. Dabei spielen Gefühle mangelnder gesellschaftlicher Anerkennung und Ignoranz der eigenen Anliegen eine wichtige Rolle: Diese Gefühle werden in „die praktische Maxime verwandelt, dass der Mehrheitswille auf jeden Fall umgesetzt werden muss“¹⁹.

Dies erklärt auch die überdurchschnittliche Präferenz der AfD-Wählerinnen und -Wähler für direktdemokratische Entscheidungsprozesse. Man verspricht sich offenbar, auf diese Weise die aus ihrer Sicht missliebigen Entscheidungen von Landtagen oder des Bundestags revidieren zu können.²⁰

¹⁸ König, Pascal D.: Populismus versus majoritärer Relativismus: Zu einer wichtigen Unterscheidung zwischen Demokratiekonzeptionen in der Bevölkerung. Polit Vierteljahresschrift 2022: 63:S. 639–661

¹⁹ Steiner, N. D. Schimpf, C., Wuttke, A.: Left Behind and United by Populism? Populism's Multiple Roots in Feelings of Lacking Societal Recognition. Politische Vierteljahresschrift, 2023: 64, S. 107–132

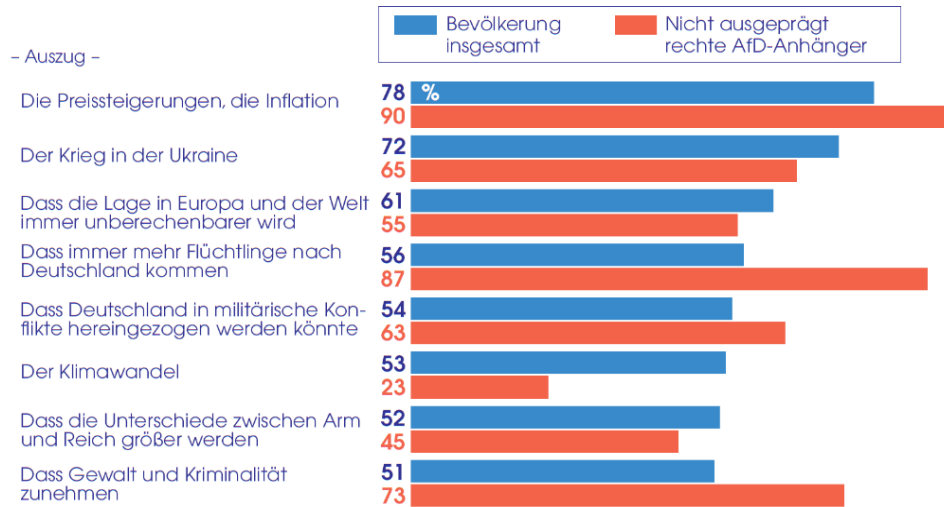
²⁰ Vetter, A., Brettschneider, F. Direktdemokratisch oder doch repräsentativ: Welche Entscheidungsmodi präferieren Bürgerinnen und Bürger? dms – der moderne staat, Jg. 16, Heft 1/2023, S. 40–71

Unzufriedenheit mit der Regierung und abweichende Themenrelevanz

Für den aktuellen steilen Anstieg der demoskopischen AfD-Werte sind jedoch – viel stärker als grundsätzliche Demokratievorstellungen – der breite Vertrauensverlust und die Unzufriedenheit mit der Arbeit der mit vielen Hoffnungen gestarteten Ampel-Regierung verantwortlich zu machen. Mit 80 % der Befragten waren Ende September 2023 so viele Menschen „weniger zufrieden“ oder „unzufrieden“ mit der Regierung wie seit 2010 nicht mehr (siehe Abbildung 3), und zwar in nahezu allen Parteien. Allein die Abwendung einer Energie-Versorgungskrise im Herbst und Winter 2022 konnte den andauernden Abschwung seit März 2022 kurzzeitig bremsen. Nur in wenigen Politikfeldern und mit geringen Werten werden der Ampelregierung Fortschritte attestiert: Stärkung der Bundeswehr (39 %), Klimaschutz (33 %) oder Sicherung der Energieversorgung (31 %). In vielen anderen Feldern sehen nur marginale Teile der Befragten Fortschritte, so bei der Digitalisierung, der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, der Infrastruktur, der Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme und des Gesundheitssystems, bei der Steuerung der Zuwanderung, dem Bürokratieabbau, bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und insbesondere bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Erhebliche Kosten und eine finanzielle

Sorgen

Frage: "Es soll untersucht werden, was den Menschen heute große Sorgen bereitet, was sie bedrückt. Könnten Sie diese Liste bitte einmal durchsehen und mir alle Punkte nennen, von denen Sie sagen würden: Ja, das macht mir große Sorgen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12074

© IfD-Allensbach

Abbildung 4: Sorgen der Menschen, Quelle: IfD-Allensbach

Überforderung wurden von 58 % der Befragten vom novellierten Gebäudeenergiegesetz erwartet.²¹

Erhebliche Teile der Bevölkerung haben, wie beim Gebäudeenergiegesetz, zudem den Eindruck, dass die Regierung direkt in ihr Leben eingreift. Nur 6 % sind davon überzeugt, dass sie von der Regierungspolitik profitieren, während 35 % für sich unmittelbare Nachteile sehen²². Mehr als die Hälfte aller Befragten fühlte sich im August 2023 von der Regierung „bevormundet“, unter den AfD-Anhängerinnen und -Anhängern waren es 85 %²³.

Jene politischen Handlungsfelder, die den Bürgerinnen und Bürgern besonders große Sorgen bereiten, haben sich 2023 deutlich verschoben. Bei Mehrfachnennungen lag im September 2023 die Bekämpfung der Inflation mit 58 % vor der Sicherung der Rente (56 %), der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum (54 %), der Sicherung der Energieversorgung (52 %) und der Steuerung und Begrenzung der Migration mit 51 % der Befragten. Die Bekämpfung des

Klimawandels (40 %) fiel dagegen zurück²⁴. Auch in anderen Umfragen gewann das Thema Zuwanderung stetig an Bedeutung. Ende September 2023 sahen fast zwei Drittel der Befragten in der Zuwanderung „eher Nachteile“ (Mai 2023: 54 %), ebenso viele wollten weniger Migranten aufnehmen; unter den AfD-Wählerinnen und -Wählern waren es 92 %. Vor allem die „Folgeprobleme“ wie die Überlastung bei der kommunalen Unterbringung oder Zweifel an der Integration der Angekommenen befördern diese ablehnende Haltung²⁵. Viele von diesen Befragten trauten der AfD nach der Union inzwischen sogar die größte Kompetenz bei der Regelung der Zuwanderungsfrage zu.

Für den Aufstieg der AfD ist besonders die von der Gesamtbevölkerung abweichende Themenrelevanz unter **jenem Teil der AfD – Sympathisantinnen und –Sympathisanten** aufschlussreich, die laut IfD-Befragung **nicht als manifest rechtsextrem** oder **„ausgeprägt rechts“** gelten (siehe Abbildung 4). Auch bei ihnen liegt die Sorge vor der „Inflation“ an

²¹ IfD-Allensbach-Umfrage 12071 vom Mai 2023.

²² IfD-Allensbach-Umfrage, Köcher, R.: Halbzeitbilanz der Ampel: Das Vertrauen ist dahin. FAZ-Online, 21.09.2023

²³ IfD-Allensbach-Umfrage 12074. Nur unter den Anhängerinnen und Anhängern der Grünen lehnte eine deutliche Mehrheit von 73 % diese Aussage ab.

²⁴ Reuters, 25.9.2023 - Im Oktober 2023 ist die Inflationsrate auf 3,8 % gefallen. Quelle: Destatis, 30.10.2023.

²⁵ Infratest Dimap: ARD-Deutschlandtrend, Oktober 2023. Bei den Landtagswahlen am 8.10.2023 in Bayern lagen wirtschaftliche Entwicklung und Zuwanderung als wichtigste Themen ebenfalls vorne.

der Spitze, doch danach folgen bereits die Fluchtzuwanderung und die befürchtete Zunahme von Gewalt und Kriminalität. Der Klimawandel spielt dagegen für sie mit 23 % (alle: 53 %) nur eine nachrangige Rolle²⁶.

Zugleich will die ganz überwiegende Mehrheit (78 %) der möglichen AfD-Wählenden ein Protestzeichen setzen, nur ein Drittel unterstützt dagegen die Positionen der Partei²⁷. Ein weiterer Aspekt tritt hinzu: die besonders unter potenziellen AfD-Wählern von 62 % genannte Sorge vor einer „**ganz großen Krise**“, ein mehr als doppelt so hoher Wert wie in der Gesamtbevölkerung. Auch andere Umfragen heben den ausgeprägten Zukunftspessimismus in Teilen der Bevölkerung hervor.

Insgesamt bestimmt der Dreiklang aus pessimistischem Zukunftsblick, Kritik an der Zuwanderung sowie wachsender Distanz und Ablehnung von vermeintlich abgehobenen „politischen und intellektuellen Eliten“ die Einstellung von AfD-Wählerinnen und -wählern und verhilft der Partei im Krisenkontext zu ihrem Aufschwung. Diese Befindlichkeiten greifen zunehmend auch auf andere Teile der Gesellschaft über, wie die aktuellen Daten zeigen. Wichtige Hinweise auf die genauere gesellschaftliche Verortung dieser pessimistisch-ablehnenden Befindlichkeiten liefert die Milieuforschung.

Auseinanderstrebende Befindlichkeiten und Einstellungen in den sozialen Milieus (Sinus-Milieus®)

Seit Jahren kann sich die AfD auf einen „harten Kern“ von Wählerinnen und Wählern stützen, welche populistische, in Teilen extremistische Einstellungen mitbringen. Doch welche Gruppen tragen den aktuellen Zuwachs der Wahlbereitschaft für die Partei? Wie genau lassen sich diese Gruppen sozio-kulturell bzw. lebensweltlich verorten? Aktuelle Ergebnisse der vhw- und Sinus-Milieuforschung²⁸ tragen zur Aufklärung darüber bei.

²⁶ IfD-Allensbach, August 2023, Schaubild 2, S.21

²⁷ ARD-Deutschlandtrend Juli 2023

²⁸ Allgemein zur Rolle der Sinus-Milieus: Barth B.: Die Sinus-Milieus in der Gesellschaftswissenschaft. Leviathan, Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 49, 2022 (4), S. 470-479.

Im Zentrum steht der vermeintlich stabile gesellschaftliche Mainstream, die Milieus der Mitte also²⁹.

Eine übergreifende Erklärung liefert Andreas Reckwitz. Für ihn ist die „Moderne“ im erweiterten Kontext einer durch Krisen und ausbleibendes Wachstum geprägten Zeit brüchiger geworden. Viele Menschen verbinden die modernen westlichen Gesellschaften mit einer breiten Fortschrittserwartung, „nach der in der Zukunft alles besser wird, wirtschaftlich, politisch, gesellschaftlich. Und dass das, was man erreicht hat, erhalten bleibt. Im Rahmen dieses Fortschrittsglaubens werden Verluste als skandalös erlebt“. Diese ausbleibende Fortschrittserwartung, wie sie sich bei einigen Gruppen angesichts Pandemie, Ukrainekrieg und wirtschaftlicher Stagnation herausgebildet hat, führe zu einer „doppelten Enttäuschung, (...) über die Verluste an sich und über die begrenzten Möglichkeiten der Politik“³⁰.

Tatsächlich weisen aktuelle Befragungsergebnisse in diese Richtung. Ende August 2023 befürchteten 46 % der Befragten, dass es ihnen in zehn Jahren im Vergleich zu heute schlechter gehen werde; viele sorgen sich vor einer Wirtschaftskrise, aber auch vor dem Klimawandel³¹. Die Stimmung im Lande hat sich auf breiter Basis verschlechtert, vor allem unter den Anhängern von FDP, AfD und Union. So berichten unter den Haushalten mit weniger als 2500 Euro Nettoeinkommen mehr als 51 % von einer Verschlechterung der eigenen Lebensqualität in den letzten fünf Jahren, und in der nächsthöheren Einkommensklasse (bis 4.000 Euro) sind es noch fast 40 %, die sich so äußern. Zudem gehen 71 % davon aus, dass die künftige Generation einen schlechteren Lebensstandard haben werde.³²

²⁹ Siehe auch Sinus-Pressemitteilung, 29.06.2023: Mitten unter uns? – Populismus wird mehrheitsfähig

³⁰ Interview, Stern, 26.7.2023: Soziologe Andreas Reckwitz über das Erstarken der AfD: „Die Existenz des Rechtspopulismus ist neue politische Normalität“; und Interview mit Andreas Reckwitz, NZZ, 11.6.2023

³¹ RND, 9.9.2023: Umfrage zeigt negativen Blick auf die Zukunft. Knapp die Hälfte der Deutschen glaubt, in zehn Jahren schlechter zu leben als heute

³² RTL/ ntv-Umfrage zur Stimmung. Wie geht es den Deutschen? Ntv, 02.10.2023

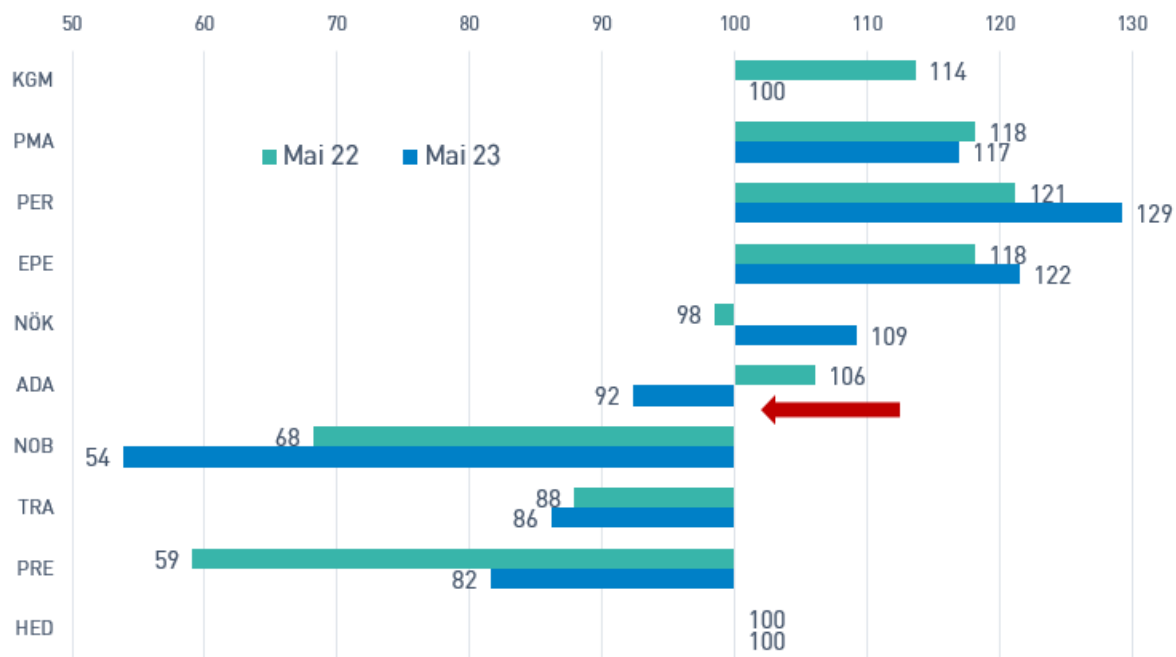


Abbildung 5: Zukunftsoptimismus in den Milieus? Mai 2022 (alle: 66 %) und Mai 2023 (65 %), Milieuindex, alle = 100, Quelle: Tautscher, M., Maurer, T.: Deutschland im Krisenmodus. Sinus-Milieus© und Resilienz, 6. Welle, 28. Juni 2023

Die Verunsicherung der modernen pragmatischen Mitte

In den Milieus zeigt sich im Kontext unterschiedlicher individueller Betroffenheit und Zukunftserwartungen, ein Auseinanderdriften auch dort, wo die Milieus vor wenigen Jahren noch gemeinsam die Modernisierung des Landes in vielen Handlungsfeldern unterstützt haben. Doch die Krisenjahre seit 2020 – Pandemie, Kriege, Wachstumschwäche oder Zuwanderungsanstieg – haben der Konvergenz der 2010er Jahre ein vorläufiges Ende bereitet und neue Gräben in der Milieulandschaft offengelegt. Diese schlagen sich nicht nur in Pessimismus und Resignation, sondern auch in der politischen Orientierung der Milieus nieder. So gehörten 2021 43 % der AfD-Wählerinnen und -Wähler dem bürgerlichen Milieu-Segment an, im Mai 2023 waren es bereits 56 %³³.

Bereits vor einigen Jahren hatte die ältere Bürgerliche Mitte – im neuen Sinus-Modell von 2021 unter anderem als *Nostalgisch Bürgerliches Milieu* (NOB) bezeichnet – ihre Rolle als Zentrum des gesellschaftlichen Mainstreams verloren und sich zunehmend kritisch bis ablehnend gegenüber den

vielfältigen Veränderungen in Gesellschaft, Arbeitswelt oder bei der Zuwanderung gezeigt.

Die krisenhaften Entwicklungen seit 2020 haben auch die jüngere, modern-pragmatische Mitte in ihrer Lebenswirklichkeit und -planung erfasst und resultieren in wachsender Orientierungslosigkeit, abnehmendem Zukunftsoptimismus und steigender Kritik an der politischen Führung.

Dies ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt besonders bedenklich, da der *Adaptiv-Pragmatischen Mitte* (ADA) zuvor eine besondere Rolle als Brücke zwischen progressiven und traditionellen Gruppen in der Gesellschaft zugefallen war, die nun erheblich bröckelt oder gar verloren zu gehen droht.

In den 2010er-Jahren zeigte sich das Milieu – unter günstigen ökonomischen Bedingungen – veränderungsbereit und zukunftsorientiert, aufgeschlossen für gesellschaftliche Neuorientierungen, offen für neue Moden, Medien, moderne Technologien – oder gegenüber der Zuwanderung wie 2015³⁴. Noch 2020, und typisch für die Anpassungs- und Veränderungsbereitschaft an veränderte Bedingungen hatten die ADA-Befragten leicht über-

³³ Sinus- Pressemitteilung vom 29.06.2023, a.a.O.

³⁴ vhw-Sinus-Trendstudie 2015

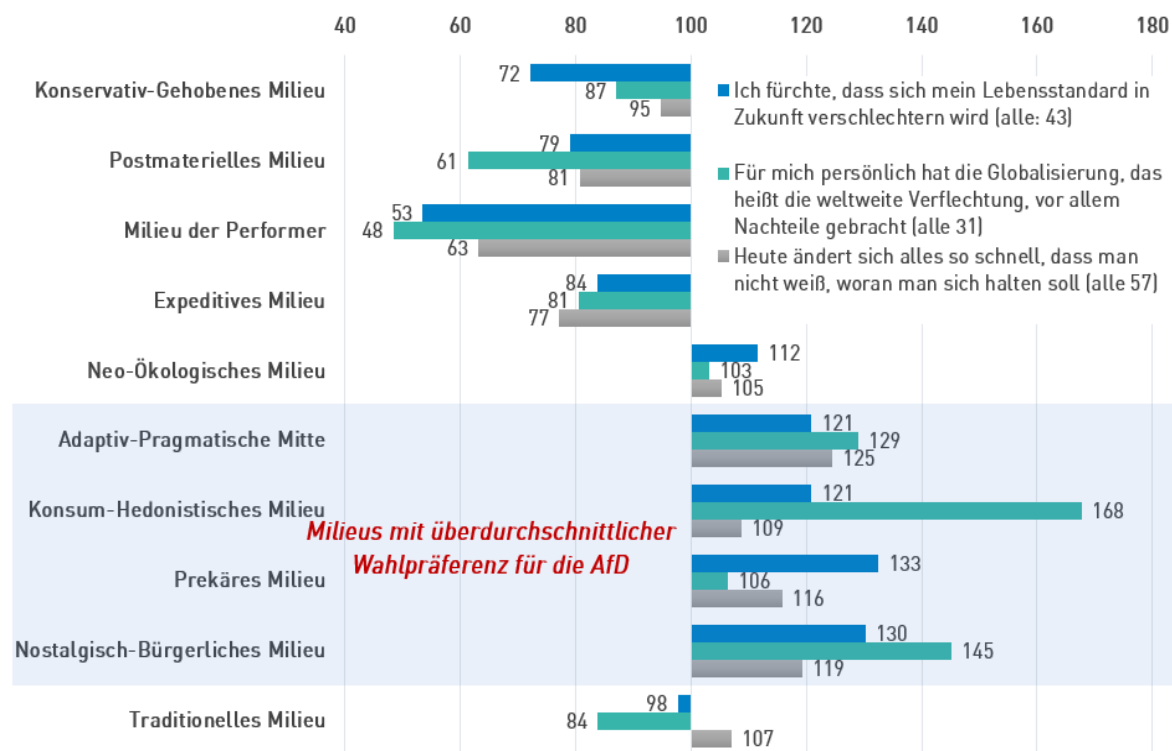


Abbildung 6: Sinkender Lebensstandard? Nachteile durch Globalisierung? Orientierungsprobleme?, Eigene Darstellung; Quelle: Best for Planning 2022 II, Index (alle = 100):

durchschnittlich der Aussage „ich habe im letzten Jahr mein Verhalten bewusst verändert um nachhaltiger zu leben“³⁵ zugestimmt. Doch wenn es sich um Fragen handelte, die sich nicht unmittelbar auf das eigene Leben auswirkten, blieben Aufmerksamkeit und Problembewusstsein eher gering, wie sich 2021 in einer milieubasierten Studie des BMUV zum Naturbewusstsein bei Fragen zum Zustand von Klima, Meeren oder Artenvielfalt zeigte, die von Befragten aus dem ADA-Milieu deutlich seltener als von den übrigen Befragten als „bedenklich“ eingestuft wurde³⁶.

Grundsätzlich sind als besondere Profilm Merkmale des Milieus Zielstrebigkeit und Anpassungsbereitschaft ebenso zu nennen wie eine solide Work-Life-Balance, verbunden mit einem starken Bedürfnis nach Orientierung und Planbarkeit. Kennzeichnend ist ein stetiger Spagat zwischen Leistungs- und Familienorientierung, Erlebnis- und Sicherheitsbedürfnis³⁷.

Gerade die Mehrfachbelastung durch Beruf und Familie, in der Psychologie als „Mental Load“ bekannt,

ist bei den *Adaptiv-Pragmatischen* besonders ausgeprägt. Dem Statement: „Ich bin ständig in Gedanken bei der Organisation von Dingen für die Familie, Kinder oder den Haushalt – das belastet mich“ stimmten 76 % der Befragten aus diesem Milieu im Rahmen einer Familienstudie des BMFSFJ zu, deutlich mehr als unter den übrigen Befragten. Offenbar führt gerade die Anpassungs- und Leistungsbereitschaft dazu, dass Menschen aus dem Adaptiv-Pragmatischen Milieu sowohl den empfundenen Erwartungen aus der Arbeitswelt als auch den empfundenen Erwartungen an ihre Elternschaft gerecht werden möchten. Dieser Anspruch kann schon im „normalen“ Alltag zu hohen Belastungen führen³⁸. Die schwierigen Bedingungen der Corona-Pandemie für Familie und Beruf – Stichworte: Schulschließungen, Homeoffice, Impfaufgaben – verstärkten diese Belastungen erheblich und schürten bei den Adaptiv-Pragmatischen eine hohe Unsicherheit und Unzufriedenheit, die auch die Corona-Politik der Regierung einbezog³⁹. Zugleich wurden grundsätzliche Zweifel am Aufstiegsparadigma immer deutlicher artikuliert⁴⁰.

³⁵ Tautscher, M., Maurer, T.: Deutschland im Krisenmodus. Sinus-Milieus© und Resilienz, 6. Welle, 28. Juni 2023

³⁶ BMUV, BfN (Hg.) Naturbewusstsein 2021. Berlin 2023, S.32

³⁷ Vgl. Sinus-Infopaket „Basis“ 2021/2022, S.112ff

³⁸ BMFSFJ (Hg.): Was heißt hier familienfreundlich? Vorstellungen und Erwartungen von (potenziellen) Eltern. Monitor Familienforschung Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik Ausgabe 45. Berlin 02/2023, S.27-28

³⁹ Sinus Akademie: Corona, Krisen und Konflikte, Mai 2022, S.38

⁴⁰ Sinus-Infopaket „Basis“ 2021/2022

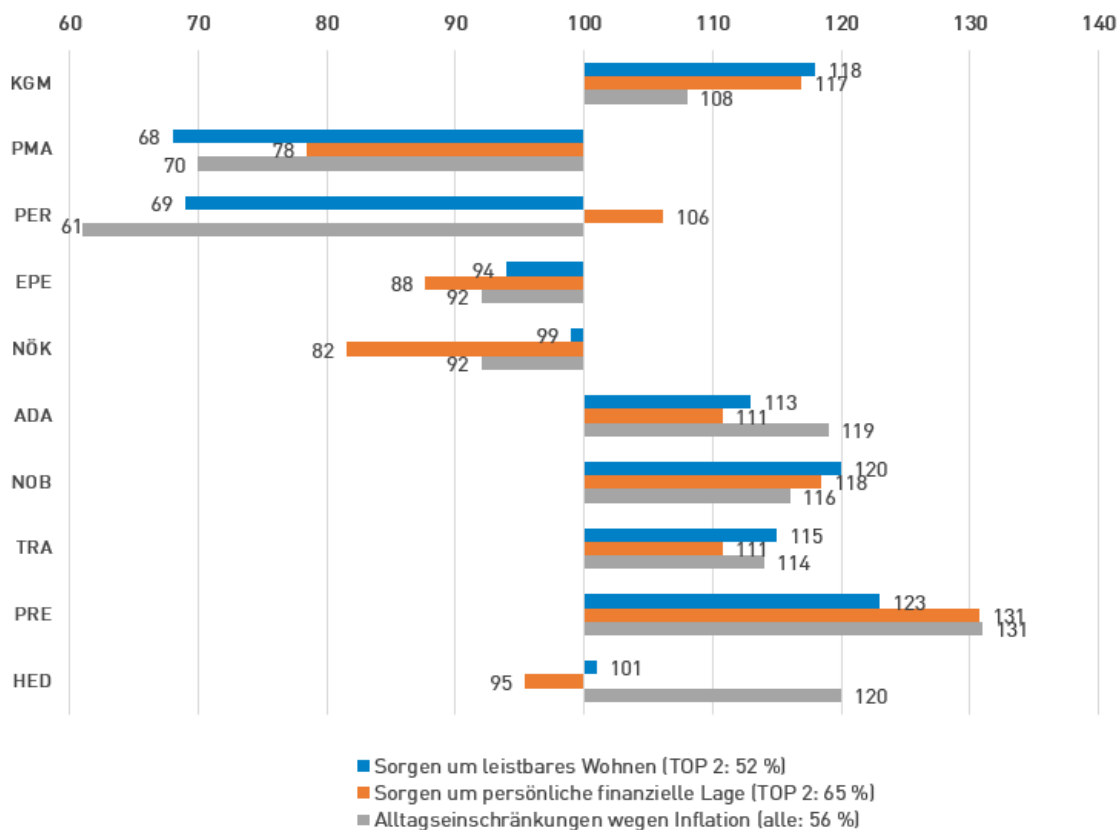
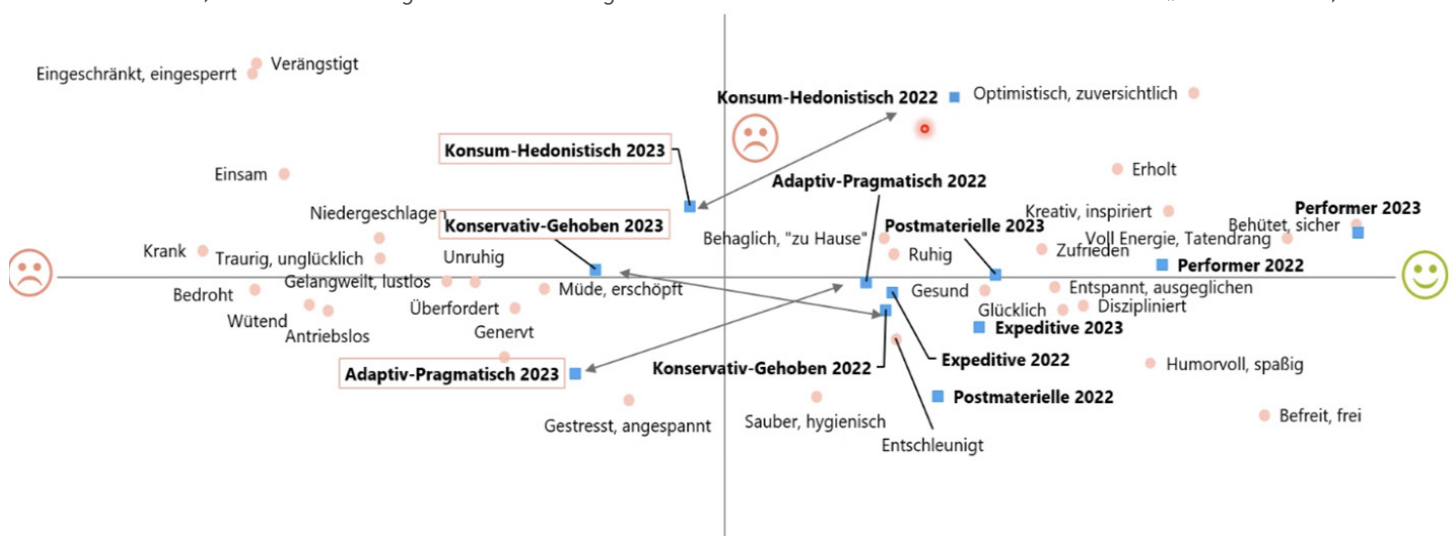


Abbildung 7; Quelle: Tautscher, M., Maurer, T.: Deutschland im Krisenmodus. Sinus-Milieus© und Resilienz, 6. Welle, 28. Juni 2023

Zusätzliche Herausforderungen ab 2022 und die Sinus-Milieus

Das Gefühl von Überforderung und rückläufiger Zukunftssicherheit verstärkte sich mit den neuen Krisen während und nach der Pandemie weiter. Zu diesem Krisenbündel, zu erheblichen Teilen ausgelöst durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, zählten die Sorgen um die Energie-

versorgung oder nötige Einschränkungen aufgrund der auf breiter Front steigenden Preise und Zinsen, nicht zuletzt im Baubereich sowie eine abflauende Wirtschaftsentwicklung und steigende Zuwanderung. Gerade aus Sicht der auch sozial und finanziell besonders betroffenen Milieus multiplizierten sich die Problemlagen; Lebensplanungen schienen für manche zu erodieren. Dieser Problemanstieg bei den Milieus der sozialen Mittel- und „Unterschicht“,



Quelle: SINUS-Institut: Standardisierte Online-Befragungen, repräsentativ für die deutsche Bevölkerung; Mai 2023; n=1.049 Befragte (18 bis 69 Jahre)

Frage: Insgesamt gesehen, wie haben Sie sich in den letzten Wochen gefühlt? Klicken Sie alles an, was zutrifft.

Abbildung 8: Stimmungslage („Mapping“) der Milieus im Jahresvergleich 2022/ 2023. Quelle: Tautscher, M., Maurer, T.: Deutschland im Krisenmodus, a.a.O., Juni 2023 - Frage: „Wie haben Sie sich in den letzten Wochen gefühlt?“ – „Klicken Sie alles an, was zutrifft.“

etwa, dass die Globalisierung ihnen insgesamt mehr Nach- als Vorteile gebracht habe oder dass ihr Lebensstandard nicht zu halten sein werde, steht ganz im Gegensatz zum Zukunftsoptimismus der sozial eher gut gestellten, modern-progressiven Leitmilieus, aber auch der *Traditionellen* und *Konservativen* (siehe Abbildung 6 auf S. 9).

Insbesondere das *Adaptiv-Pragmatische Milieu* sieht sich somit erheblichen transformativen Herausforderungen gegenüber, die die Verwirklichung der angestrebten „bürgerlichen Normalbiografie“ von Wohneigentum, Kindern, Auto oder Urlaub zu gefährden scheinen. Gerade beim Wohnen und beim Urlaub wollen sie angesichts der Preissprünge überdurchschnittlich stark sparen⁴¹. Binnen eines einzigen Jahres, von 2022 bis 2023 wurde ein zuvor noch leicht überdurchschnittlicher Zukunftsoptimismus von einem überdurchschnittlichen Pessimismus abgelöst, der große Teile dieses Milieus einbezieht, während sich das ältere bürgerliche Milieu, die *Nostalgisch-Bürgerlichen*, bereits seit etlichen Jahren abgehängt fühlt und den Zukunftsoptimismus verloren hat.

Herausforderung Wohnungsmangel und Leistbarkeit

Für die jüngere Mitte und ihre milieutypischen Aufstiegsbemühungen im Familienverbund sind durch die dramatische Verschlechterung der Bedingungen für den Erwerb von Wohneigentum⁴² oder zumindest für eine bedarfsgerechte und leistbare Mietwohnung zentrale Wünsche geplatzt oder in weite Ferne gerückt. Das Milieu stellt einen erheblichen Teil jener Haushalte, für die die mangelnde Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit das inzwischen wichtigste Problem bei Aufbau und Konsolidierung der Familie darstellt. Manche von ihnen wollen aus diesem Grund sogar gänzlich auf Kinder verzichten⁴³.

⁴¹ Tautscher, M., Maurer, T.: Deutschland im Krisenmodus. Sinus-Milieus© und Resilienz, 6. Welle. 28.06.2023, S.42

⁴² Im September 2023 lag der mittlere Bauzinssatz mit 15jähriger Sollzinsbindung laut Interhyp bei 4,11 %, wie zuletzt 2011.

⁴³ BMFSFJ (Hg.): Was heißt hier familienfreundlich? Vorstellung und Erwartungen von (potenziellen) Eltern, a.a.O., Kap. 5.1.1 und S.59f

In der vhw-Sinus-Trendstudie 2022/23 wenden fast 30 % der befragten Adaptiv-Pragmatischen mehr als 40 % ihres verfügbaren Einkommens für Wohnkosten auf. Zudem weist die Infrastruktur in den Wohnquartieren vieler Befragter erhebliche Defizite auf. Insofern werden in der Trendstudie die Befunde der BMFSFJ-Studie bestätigt, in der es zusammenfassend heißt:

„Die Wohnungssuche wird [für viele Familien, Ergänzung des Autors] zu einem Zielkonflikt zwischen bezahlbarem Wohnraum und verfügbarer Infrastruktur im Wohnumfeld, denn bei schlechter Ausstattung mit gesundheitlicher Versorgung und Bildungseinrichtungen entstehen hohe Folgekosten; der Wohnort bestimmt aus Sicht von Familien immer mehr über Status und Teilhabe“.

Diese zentrale Beeinträchtigung des angestrebten sozialen Aufstiegs wurde im Frühjahr 2023 durch die Neufassung des Gebäudeenergiegesetzes im Rahmen der Klimapolitik der Regierung weiter verstärkt. Davon sind neben den ADA auch andere Milieus betroffen, insbesondere langjährige Eigentümerinnen und Eigentümer oder Mieterinnen und Mieter. Entsprechend groß waren öffentliche Erregung und politischer Streit; bis zu zwei Drittel der Befragten fühlte sich verunsichert und/oder finanziell überfordert⁴⁴. Darunter befinden sich viele ältere Befragte mit geringen bis mittleren Einkommen. Die Verabschiedung des inzwischen modifizierten und mit Förderangeboten flankierten Gesetzes im Herbst 2023 konnte die Stimmung etwas beruhigen. Gleichwohl scheint die Diskussion um das Gesetz bei vielen Menschen Spuren hinterlassen zu haben. Dies gilt auch im Hinblick auf weitere künftige Veränderungen, etwa bei der Gebäudesanierung, wie sie derzeit in der EU diskutiert werden.

(Asyl-) Zuwanderung als Konfliktthema zwischen den Milieus

Die im Vergleich zu den Jahren zwischen 2017 und 2021 deutlich gestiegene Zuwanderung⁴⁵ stellt nicht

⁴⁴ ARD-Deutschlandtrend Mai 2023

⁴⁵ Im ersten Halbjahr 2023 betrug der Nettosaldo mit dem Ausland 345.000 Personen. Bis Ende September wurden

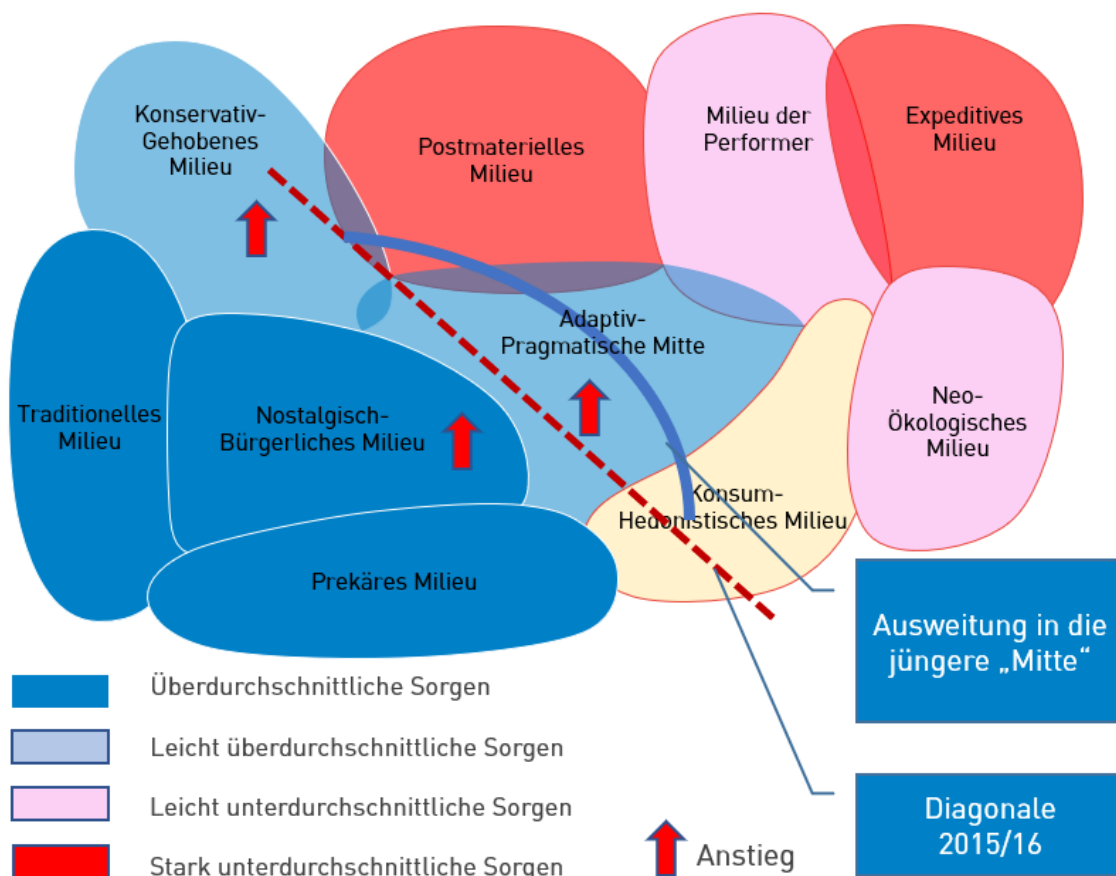


Abbildung 9: „Mache mir Sorgen um die Zuwanderung“, TOP 2: 67 %, Milieuindex ; Quelle: Sinus-Milieus© und Resilienz

nur Kommunen vor schwierige Probleme von Aufnahme und Unterbringung, sondern hat auch in weiten Teilen der Gesellschaft für erhebliche Kritik gesorgt und ist im Herbst 2023 an die Spitze der „wichtigen Themen“ gerückt. Nahezu alle Elemente der derzeitigen „Flüchtlingspolitik“ wurden Ende September 2023 kritisch bewertet, von der Unterbringung über die Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt bis zur Praxis der Abschiebungen⁴⁶.

In der Sinus-Kurzbefragung vom Mai 2023 machten sich 67 % aller Befragten „Sorgen um die Zuwanderung“ nach Deutschland. Am stärksten unter den *Prekären*, *Nostalgisch-Bürgerlichen* und *Traditionellen* Milieus. Doch bewegen sich, gerade auch im Vergleich zur Befragung in der vhw-Sinus-Trendstudie 2015, 2023 auch die *Konservativ-Gehobenen* und die *Adaptiv-Pragmatischen* - 72 % äußerten sich entspre-

chend besorgt - oberhalb des Mittelwerts. Damit sind insbesondere die *Adaptiv-Pragmatischen* von ihrer eher freundlich-positiven Position von 2015 deutlich abgerückt. Wie in der Grafik oben dargestellt, hat sich die ehemalige Diagonale bei den Einstellungen zur Migration zu einer Ausbuchtung Richtung modernere Mitte ausgeweitet. Offenbar haben sich veränderte Zugehörigkeitsgefühle und die Wahrnehmung von Bedrohung durch ethnisch-religiös definierte Fremde⁴⁷ mit den Sorgen vor einer persönlichen Betroffenheit durch die Folgen der Zuwanderung vermischt, etwa am Wohnungs- oder Arbeitsmarkt sowie bei der öffentlichen Sicherheit.

Daraus resultiert ein Gefühl, dass u. a. in der Mitte-Studie erfragt wurde: Dort stimmten über 40 % der Befragten der Aussage (eher) zu, dass sich „der deutsche Staat mehr um Flüchtlinge als um hilfsbedürftige Deutsche“ kümmere, nur 35 % lehnten

233.700 Erstanträge auf Asyl gestellt, dazu kamen 91.750 nachgewiesene illegale Grenzübertritte. Quelle: Destatis, Genesis-Online; BAMF.

⁴⁶ ARD-Deutschlandtrend Oktober 2023

⁴⁷ Back et al: Der Identitätskonflikt zwischen Entdeckern und Verteidigern: Ein erster Überblick, a.a.O.

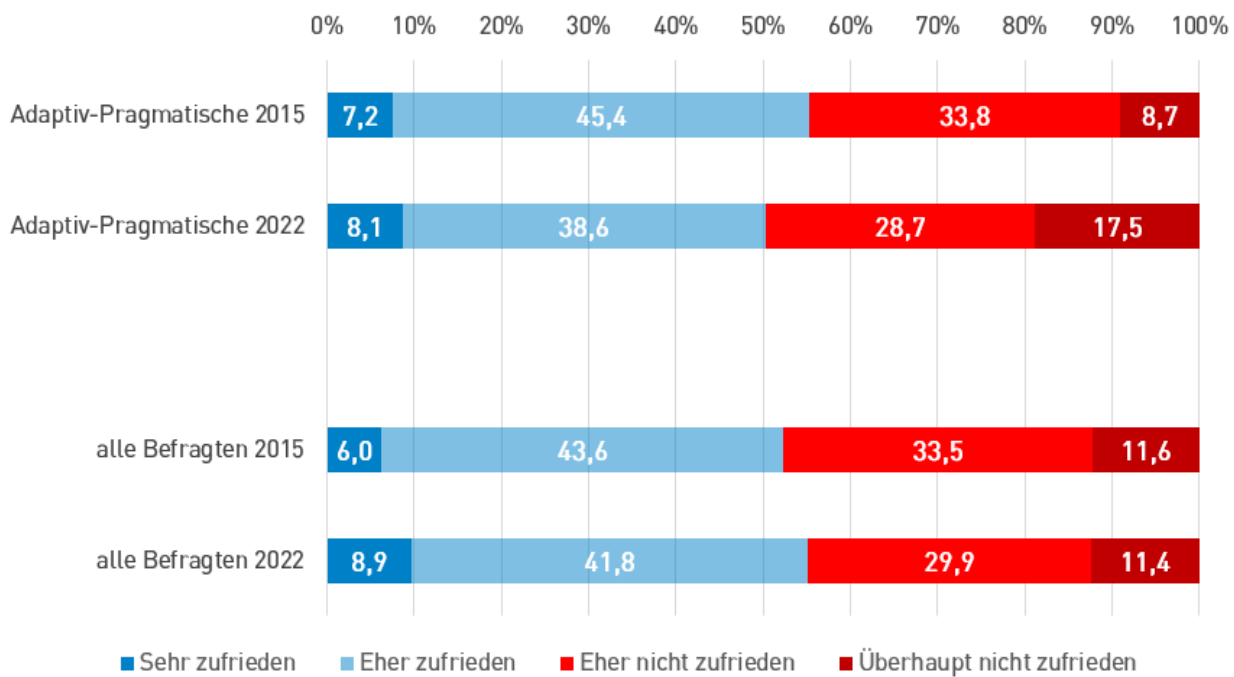


Abbildung 10: "Wie zufrieden sind Sie mit den Leistungen der lokalen Politik in den letzten 5 Jahren?" Eigene Darstellung; Quelle: vhw-Sinus-Trendstudien 2015 und 2023

der Studie zufolge diese Aussage ab⁴⁸. Abzuwarten bleibt, ob die veränderte politische Ausrichtung in der Asyl- und Migrationspolitik, u. a. mit dem vorläufigen EU-Kompromiss vom Oktober 2023, dieses Stimmungsbild deutlich beeinflussen wird.

Lokale Politik zwischen Zufriedenheit und Kritik

Die von vielen Milieus geäußerte Unzufriedenheit mit „der Politik“ macht auch vor der lokalen Ebene nicht halt, auch wenn die Kommunalpolitik insgesamt besser bewertet wird als die Bundes- oder Landespolitik⁴⁹. Im Zeitvergleich ist insgesamt eine stabile Bewertung der lokalen Politik festzustellen, wobei eine sehr knappe Mehrheit sich in den vhw-Sinus-Trendbefragungen sowohl 2015 wie 2022 (eher) zufrieden zeigte.

Verschiebungen sind allerdings zwischen den Milieus zu erkennen. Insbesondere die *Prekären* (67 %), das *Nostalgisch-Bürgerliche Milieu* (59 %) und die *Hedonisten* (54 %) zeigten sich mehrheitlich (eher) unzufrieden, während dieser Anteil bei den modernen,

aber auch konservativen Milieus wesentlich geringer ausfällt und teilweise sogar rückläufig ist. Auffällig ist die Verdoppelung des Anteils der „überhaupt nicht“ Zufriedenen bei den *Adaptiv-Pragmatischen* – ein deutliches Zeichen der Besorgnisse in diesem Milieu, wie etwa über ihre Wohnsituation einschließlich der Infrastruktur im Umfeld und der in scheinbar weite Ferne gerückten Pläne, eine familiengerechte Wohnung zu finden oder ein Haus zu erwerben. Auch starke Einschränkungen in der Mobilität, etwa beim PKW-Verkehr, werden in diesem Milieu kritisch beäugt.

Diese gestiegene negative Grundstimmung artikuliert sich in mehreren Umfrage-Antworten⁵⁰:

- **Mangelnde Transparenz und Information** bei lokalen politischen Entscheidungen, eine Bewertung, die von immerhin 53 % aller Befragten geteilt wird. Bei den Adaptiv-Pragmatischen (ADA) sind es sogar mehr als 60 %, die dieser Aussage zustimmen.
- Das Gefühl, eigene **Anliegen und Themen fänden keine Berücksichtigung** in der Politik, etwa bei Beteiligungsverfahren. Diese

⁴⁸ Zick et al: Distanzierte Mitte, a.a.O., Tab.6.2, S.212f. Die Autoren interpretieren diese Haltung als Ausdruck von „Etabliertenvorrechten“.

⁴⁹ Brettschneider: Demokratiemonitor 2023, Populismus und Demokratie, a.a.O.

⁵⁰ Quellen: vhw-Sinus Trendstudie 2015 und vhw-Sinus-Trendstudie 2022. Da die Adaptiv-Pragmatischen und die Prekären im neuen Milieumodell erhalten geblieben sind, war ein Zeitvergleich möglich.

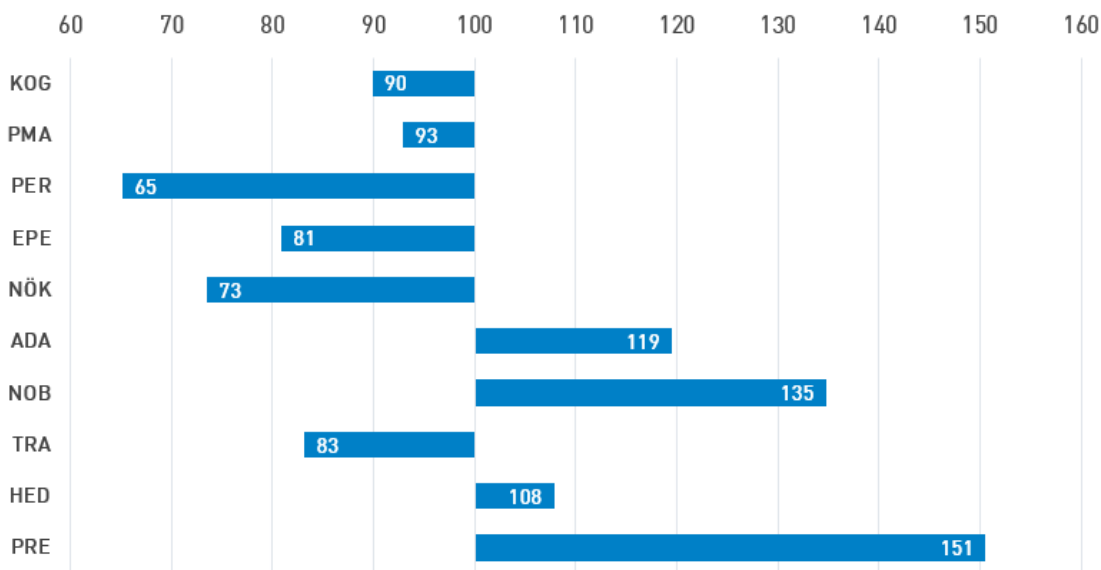


Abbildung 11: „Die Politik entscheidet allein und ohne ausreichend zu informieren“, Zustimmung, Skalenwerte 7 - 10 (alle: 53 % = 100), Milieuindex (vhw-Sinus Trendstudie 2022/23)

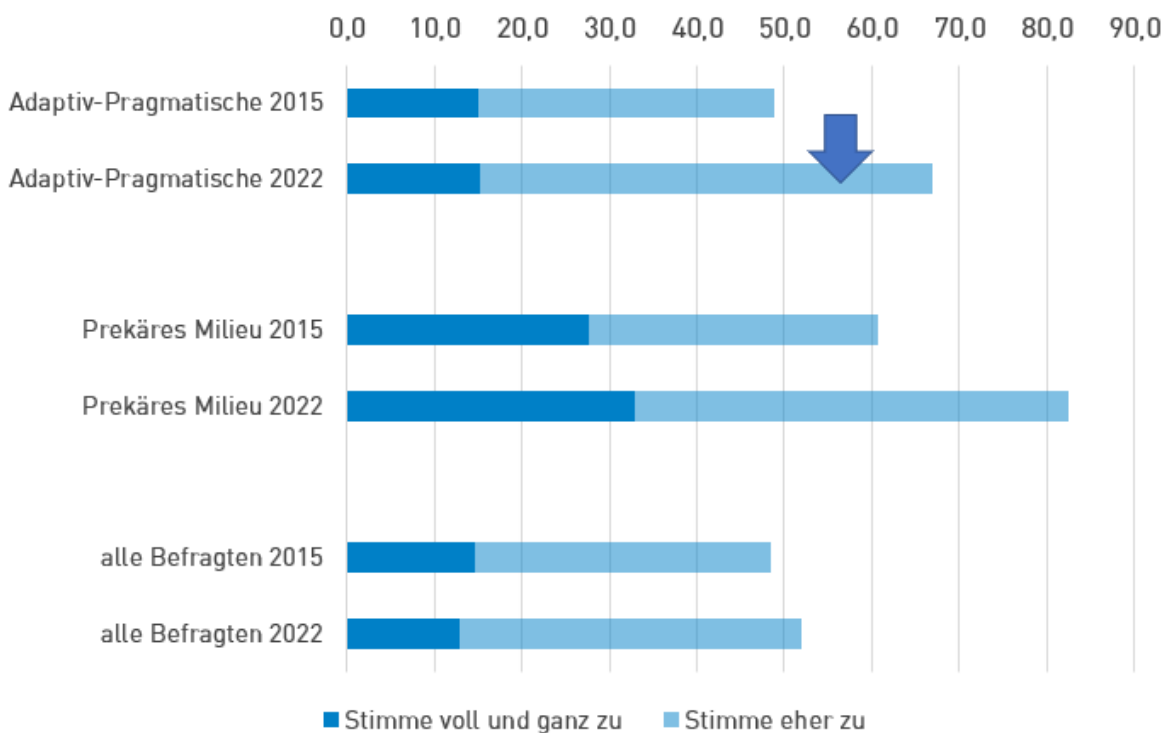


Abbildung 12: Zustimmung: „Für meine Themen und Anliegen interessiert sich ja doch niemand ernsthaft“, 2015 und 2022, in % Quelle: vhw-Sinus-Trendstudien 2015 und 2023

Meinung wird 2022 wie 2015 von jeweils etwa der Hälfte aller Befragten geteilt. Bei den „kritischen“ Milieus wie den ADA (von etwa 50 % 2015 auf etwa 67 % 2022) und bei den Prekären, bei denen sogar mehr als 80 % nach 60 % 2015 verzeichnet werden, ist eine

massiv angestiegene Kritik an der politischen Partizipation festzustellen.

Sozialpsychologen ziehen daraus den Schluss, dass populistische politische Kräfte dann erstarken können (...), wenn sich wichtige Segmente der Gesell-

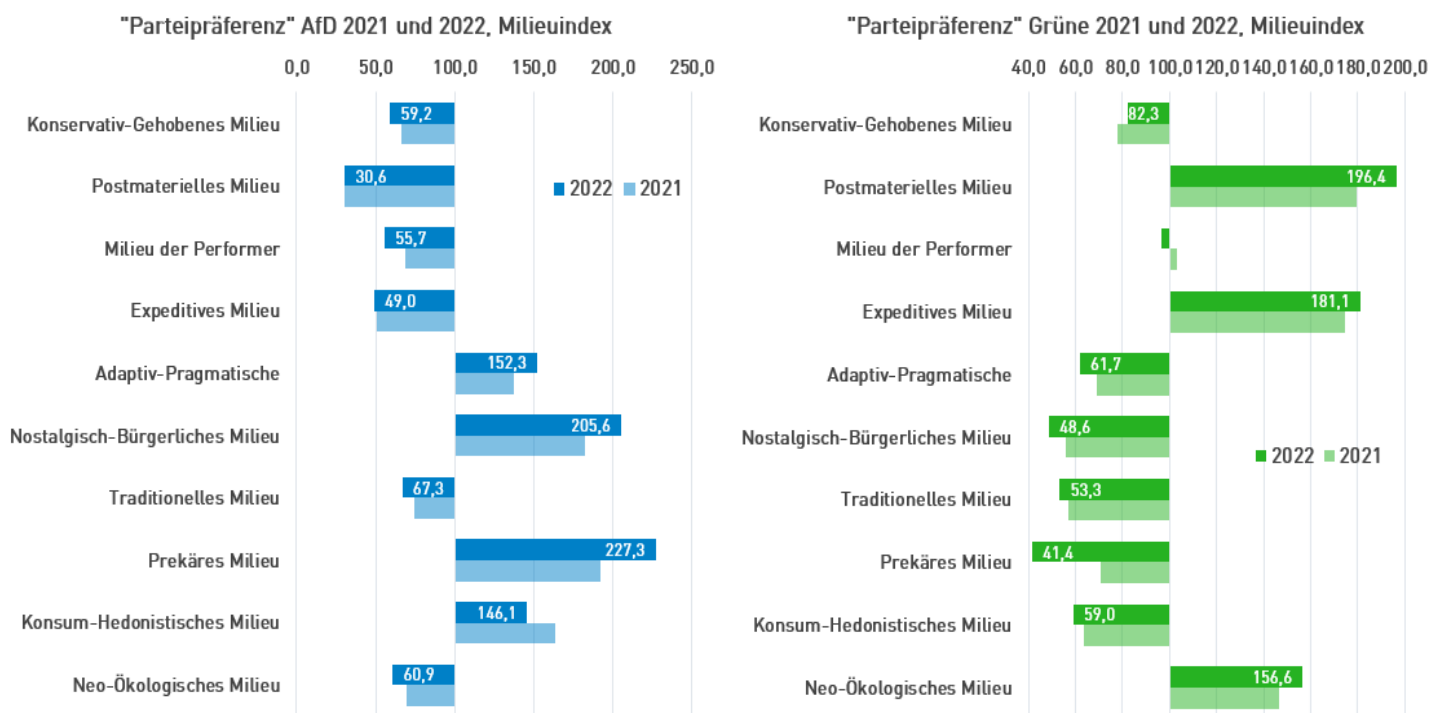


Abbildung 13: Parteipräferenzen AfD und GRüne 2021 und 2023, Quellen b4p, 2021 III und 2022 II, eigene Darstellung. Frage: „Welche Partei steht Ihnen persönlich am nächsten?“. Der Index beruht auf jenen Befragten, die eine Partei genannt haben

schaft im politischen System nicht repräsentiert und in ihren Interessen geschützt fühlen⁵¹. Die Gemeinsamkeit des Gefühls mangelnder Anerkennung und unberücksichtigter Anliegen kann durchaus unterschiedliche, „scheinbar unabhängige“ sozio-kulturelle Gruppen der Gesellschaft zu populistischen Einstellungen bringen⁵². Diese Gefühle der mangelnden Anerkennung bis hin zum Abgehängt-Sein prägen, wie gezeigt, auch unterschiedliche Lebenswelten wie bei den *Adaptiv-Pragmatischen* oder dem *Prekären Milieu*.

Insofern erscheint es gerade mit Blick auf die unterschiedlichen Milieus als zwar grundsätzlich richtig, jedoch etwas verkürzt, wenn festgestellt wurde, dass „es vor allem die benachteiligten, schlechter situierten Bevölkerungsgruppen (sind), die sich von der repräsentativen Demokratie abwenden“⁵³. Zudem kann die Hinwendung etwa zur AfD nur sehr bedingt mit einer rationalen und stringenten Verfolgung der eigenen Interessen erklärt werden; entsprechende

Darstellungen auf Basis der Wahlprogramme⁵⁴ berücksichtigen den psychosozialen, aber auch kulturellen Kern dieser Entwicklung nicht angemessen.

Die Sinus-Milieus und die Entwicklung der Parteipräferenzen

Dieser Beitrag geht vor allem der Frage nach, welche Milieus für den steilen demoskopischen Aufschwung der AfD seit 2021 verantwortlich sind. Die Fokussierung bei der Darstellung der aktuellen Sorgen und Befindlichkeiten auf die jüngeren Bürgerlichen, das *Adaptiv-Pragmatische Milieu* (ADA), wird durch Umfragen zum potenziellen Wahlverhalten und zur Parteipräferenz bestätigt.

Während andere Milieus wie insbesondere die älteren Bürgerlichen (2015 *Bürgerliche Mitte*, seit 2021 *Nostalgisch Bürgerliches Milieu*) und die *Prekären*⁵⁵

⁵¹ Küchenhoff: Angriffe auf Verbindungen – zur Sozialpsychologie des Populismus, a.a.O.

⁵² Steiner et al: Left behind and united by populism? a.a.O.

⁵³ Best: Demokratievertrauen in Krisenzeiten, FES 2023, a.a.O., S.70

⁵⁴ Vgl. Fratzscher, M.: Das AfD-Paradox: Die Hauptleidtragenden der AfD-Politik wären ihre eigenen Wähler*innen DIW-aktuell Nr. 88 – 21. August 2023

⁵⁵ Überdurchschnittlich war zunächst auch die AfD-Neigung im Traditionellen Milieu. Dies hat sich angesichts der inneren Entwicklung und Radikalisierung der Partei sukzessive wieder abgeschwächt.

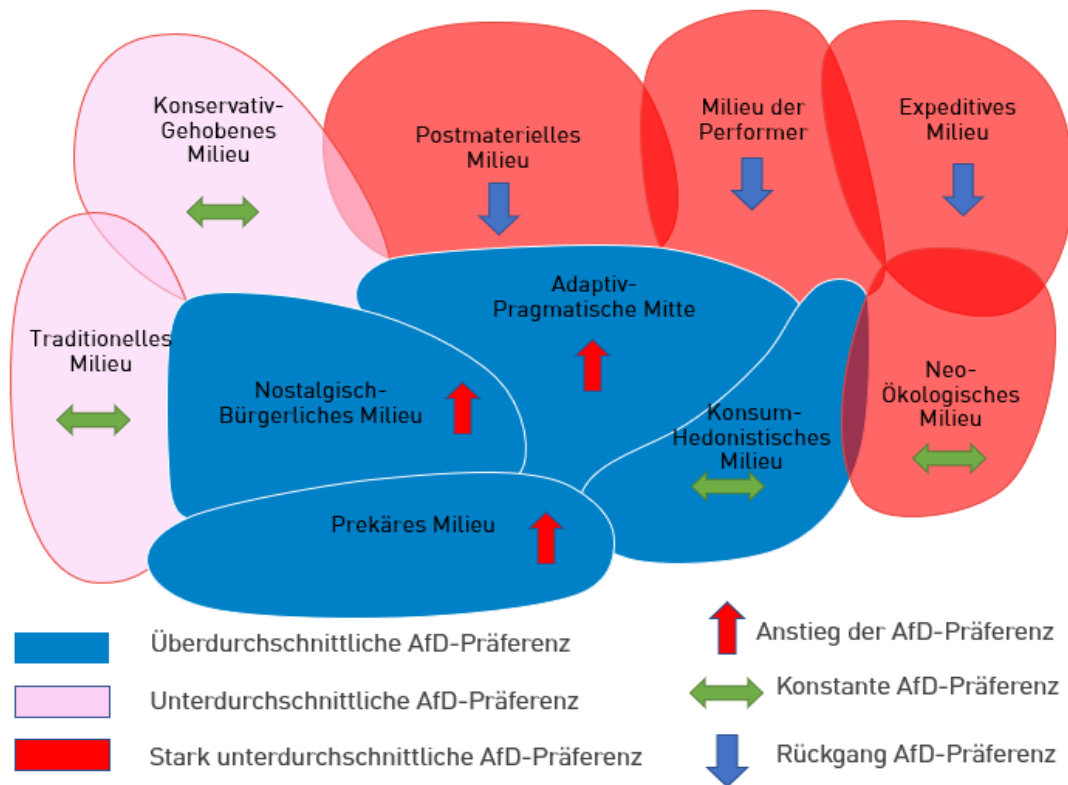


Abbildung 14: Entwicklung der AfD-Präferenz in den Sinus-Milieus bis 2022/23

bereits 2015 angesichts der sozio-kulturellen Entwicklung und der starken Fluchtzuwanderung überdurchschnittlich stark zur noch jungen AfD tendierten, war dieser Anteil unter den ADA-Befragten kaum mehr als halb so groß wie in der Gesamtbevölkerung. Dieses Bild hat sich schrittweise gewandelt und im Kontext der Krisen und deren Auswirkungen auf Lebensgestaltung und Zukunftsplanung seit 2020 zu einem fast sprunghaften Anstieg der Bereitschaft geführt, der rechten Partei die Stimme zu geben. Verglichen mit allen jeweils Befragten (=100) ist der Index bei den ADA-Befragten, die AfD wählen zu wollen, von 60 (2015) über 75 (2017), 82 (2019), 110 (Bundestagswahl 2021) auf 145 (2022/23) angestiegen⁵⁶. Ähnliche Zuwächse auf bereits hohem Niveau sind nur bei den *Nostalgisch-Bürgerlichen* und den *Prekären* zu verzeichnen, die sich seit längerem abgehängt fühlen.

Demgegenüber ist der bereits zuvor sehr kleine Anteil von AfD-Wahlbereiten in den modern-progressiven Milieus weiter geschrumpft, während zugleich die Parteipräferenz für die Grünen (siehe Abbildung

13) unter den *Postmateriellen*, *Expeditiven* sowie den *Neo-Ökologischen* gegenüber 2021 weiter zugenommen hat. Insgesamt ist also eine gegenläufige Entwicklung bei der politischen Orientierung in der Milieulandschaft festzustellen, die eng auch mit den thematischen Prioritäten – Nachhaltigkeit und CO₂-Minderung hier, Wirtschafts- und Preisstabilität dort – und dem Ausmaß der realen oder empfundenen persönlichen Betroffenheit in sozialer bzw. finanzieller Hinsicht verbunden ist.

Gerade unter jenen Befragten, die seit 2022 zusätzlich gewillt sind, der AfD ihre Stimme zu geben, dominiert bei 80 % als Grund eindeutig der Wunsch, „ein Zeichen zu setzen, dass ich mit der derzeitigen Politik unzufrieden bin“, gefolgt von der Ablehnung der derzeitigen Einwanderungspolitik. Nur 34 % bekundeten demgegenüber im August 2023, Hauptmotiv sei, „von der Partei und ihren Positionen überzeugt zu sein“⁵⁷.

Insbesondere für die *Adaptiv-Pragmatischen* sind die Sorgen um die Zukunft von Familie, Beruf, also den

⁵⁶ Quellen: Eigene Berechnungen, Basis: b4p 2015-2022; YouGov

⁵⁷ IfD-Allensbach, Protest und die Sorge vor Einwanderung, Schaubild 3, August 2023

sozialen Status, weitaus dominanter als die Sorge etwa vor steigendem Rechtsextremismus im Kontext des AfD-Aufstiegs. In keinem anderen Milieu war im Mai 2023 die entsprechende Besorgnis geringer ausgeprägt⁵⁸.

Letztlich haben sich verschiedene Dimensionen von persönlicher Betroffenheit, wahrgenommener Wohlstandspolarisierung und kultureller Entfremdung in Teilen der bürgerlichen Milieus zu einem Ausmaß politischen Protests gesteigert, der nicht vor der Wahl einer rechtspopulistischen bis -extremen Partei zurückschreckt und der AfD aktuell erheblichen Zulauf beschert.

Fazit und abschließende Bemerkungen

Eine heftig und kontrovers diskutierte Frage ist, ob angesichts dieser Entwicklungen von einer „Spaltung“ oder zumindest einer „Polarisierung“ der Gesellschaft in Deutschland gesprochen werden kann.

Während die einen in Bezug auf „Kulturkämpfe“ vom „Mythos der Spaltung“ reden und auf wesentlich ausgeprägtere Tendenzen in anderen Staaten verweisen⁵⁹ oder davon sprechen, dass bei „vielen großen Fragen einigermassen Konsens“ herrsche, es allerdings polarisierende „Triggerpunkte“ wie die Gendersprache im Gleichstellungskontext oder die Kostenfrage beim Klimawandel⁶⁰ gebe, betonen andere die Gefahren angesichts einer im Krisenkontext zunehmenden Fragilität des Fortschrittsnarrativs und halten solche pessimistischen Erwartungen für gesellschaftlich wirkmächtig⁶¹.

Ähnlich wie Hradil, der gesellschaftliche „Spaltung“ in vier Dimensionen unterteilt⁶², spricht Mau von

„vier Arenen der Ungleichheit: Armut und Reichtum; Migration; Diversität und Klimaschutz“. Er weist auf die historisch seit langem zu beobachtenden „relativ stabilen Konfliktkonstellationen“ hin (*Cleavage-Theorie* der späten 1960er-Jahre), die sich „aus der Teilung von Bevölkerungsgruppen entlang sozialer Interessen und Identitäten ergeben“ und spricht von einer eher „zerklüfteten“ Gesellschaft mit erheblichen Wahrnehmungsdifferenzen.

Das in diesem Beitrag im Mittelpunkt stehende alarmierende Abdriften eines wichtigen Teils der modernen bürgerlichen Mitte – des *Adaptiv-Pragmatischen Milieus* – deutet in Verbindung mit zunehmend gegenläufigen Einstellungen in der Milieulandschaft allerdings darauf hin, dass neue und erweiterte Spannungs- und Spaltungslinien in der Mitte entstanden sind, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt erheblich beeinflussen können und die Aussage infrage stellen, nach der „die Mitte nicht entzweibricht“⁶³.

Für viele Angehörige dieses Milieus, die sich 2019 noch mit einer – im Milieuvergleich weit überdurchschnittlichen – Mehrheit von 88 % grundsätzlich „aufgeschlossen für neue Entwicklungen“ gezeigt hatten⁶⁴, scheint die Vorstellung, es für sich und die Familie durch berufliche Leistung und Anpassung an gesellschaftliche Entwicklungen zu etwas bringen zu können, in weite Ferne gerückt zu sein. Ob in diesem Kontext von „themenbezogener“ oder „gruppenbezogener Polarisierung“ zu sprechen ist, erscheint dagegen sekundär.

Es geht dabei nicht mehr primär – wie noch 2019 – um die generelle Akzeptanz des Fortschrittsgedankens, sondern um die Erweiterung jenes Teils der Gesellschaft, der inzwischen ebenfalls betroffen ist von Entwicklungen wie Wachstumsschwäche, Preissteigerungen, Mangel an leistbaren Wohnungen oder Mobilitätskosten und sich von „der Politik“ in seinen Interessen nicht berücksichtigt fühlt, auf die jüngere, zuvor moderne Mitte. Das Gefühl des Abgehängt-Werdens entfaltet offenbar eine so große Resignation und Protestkraft, dass

⁵⁸ Tautscher, M., Maurer, T.: Deutschland im Krisenmodus. Sinus-Milieus© und Resilienz, 6. Welle. 28.06.2023

⁵⁹ Eisele, I.: Der Mythos der gespaltenen Gesellschaft, Deutsche Welle, 17.9.2023, <https://www.dw.com/de/der-mythos-der-gespaltenen-gesellschaft/a-66825576>

⁶⁰ Mau et al.: Triggerpunkte. Suhrkamp Oktober 2023, a.a.O.

⁶¹ Interview mit Andreas Reckwitz, NZZ, 11.06.2023

⁶² Hradil, S., Enste, D., Eyerund, T., Potthoff, J.: Gespaltene Gesellschaft? Hintergründe, Mythen und Fakten. München: Roman-Herzog-Institut 2022. Es handelt sich um eine soziale, eine politische, eine wirtschaftliche und eine soziokulturelle Spaltungs-Dimension.

⁶³ Interview mit Stefan Mau, Der Spiegel, 40/2023, 28.9.2023; s.a. Wagner, G. Die gespaltene Gesellschaft gibt es nicht. FAZ, 14.10.2023

⁶⁴ Quelle: b4p 2019 III

man die rechtspopulistischen Narrative der AfD ignoriert oder sogar mitträgt und sich in wachsenden Teilen dieser „Verlustpartei“, so Bundeskanzler Scholz, zuwendet.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Bayern und Hessen am 8. Oktober 2023 haben gezeigt, dass sich dieses „demoskopische Protestpotenzial“ für die AfD auch in Wahlergebnisse umsetzt. Dies wurde indirekt auch dadurch bestätigt, dass ein großer Teil des AfD-Zuwachses auf Wählerinnen und Wähler zurückzuführen ist, die zuvor die Union oder die Ampel-Parteien gewählt haben. Konstant bleibt dagegen allerdings das Gendergap, wonach Männer, vornehmlich mittleren, aber auch jüngeren Alters, weit häufiger die AfD wählen als Frauen⁶⁵; dies gilt im Übrigen auch für alle Sinus-Milieus. Eine bis dato nicht zu beziffernde „Gefahr“ droht dem Höhenflug der AfD, insbesondere in Ostdeutschland, durch die für Anfang 2024 vorgesehene Gründung einer von Sarah Wagenknecht initiierten Partei. Diese positioniert sich, anders als die AfD, wirtschaftspolitisch links, gesellschafts- und migrationspolitisch aber ähnlich rechts⁶⁶.

Insgesamt treffen verbreitete Verlustängste und -wahrnehmungen auf eine in Teilen von der Parallelität der Krisen und weitreichenden Zukunftsaufgaben überforderte Politik, die inzwischen vornehmlich damit beschäftigt ist, „die Moderne zu reparieren“, wie Reckwitz konstatiert.

Dass sich zudem aus derartigen gesellschaftlichen Spaltungstendenzen angesichts der Notwendigkeit, nachhaltige Politik zu betreiben und den Klimawandel aufzuhalten⁶⁷, erhebliche Herausforderungen ergeben, die auch für die nötige Akzeptanz kommunaler Transformationsmaßnahmen gelten, ist offensichtlich.

Gleichwohl erscheint die gesellschaftliche Mitte „für die Politik weiterhin erreichbar“⁶⁸. Die Mitte braucht eine Perspektive mit Zielorientierung und einen Fahrplan zur Umsetzung. Bei allen Maßnahmen sind auch die sozial-psychologischen „Folgekosten“ für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu berücksichtigen, um die Gefahr einer andauernden Spaltung der Gesellschaft abzuwenden. Erste Neuorientierungen deuten wie beim Gebäudeenergiegesetz oder in der Asylpolitik darauf hin, dass die unangenehmen Botschaften angekommen sind.

Ob allerdings das Wachstumsnarrativ wiederbelebt werden kann und wie schnell viele derzeit überlastete Kommunen die erforderlichen Maßnahmen im Wohnungsbereich und in den Transformationsfeldern umsetzen können, muss vorerst offenbleiben.

⁶⁵ Infratest Dimap, Wählerwanderung AfD am 8.10.2023, siehe tagesschau.de

⁶⁶ Siehe etwa Munk, F.: Wagenknecht-Bündnis: Das ist der Kern-Unterschied zur AfD – und daran könnte es scheitern. FR, 26.10.2023. Erste, durchaus umstrittene Umfragen sehen eine solche Partei bei bis zu 14 %.

⁶⁷ Umweltbundesamt 31.05.2023: Gesellschaftliche Spaltung als Herausforderung für Umweltpolitik

⁶⁸ Sinus-Pressmitteilung vom 28.06.2023: Mitten unter uns? – Populismus wird mehrheitsfähig

Impressum

vhw-werkSTADT
ISSN 2367-0819

Herausgeber

vhw Bundesverband für Wohnen und
Stadtentwicklung e. V.
Vorstand: Prof. Dr. Jürgen Aring
Bereichsleiter Forschung: PD Dr. Olaf Schnur

Redaktion

Laura Marie Garbe
Sabine Rietz

Sitz der Redaktion

Bundesgeschäftsstelle des vhw e. V.
Fritschestraße 27/28
10585 Berlin
T +49 30 390 473-175
F +49 30 390 473-190
E werkstadt@vhw.de
www.vhw.de

Autor

[Bernd Hallenberg](#), Seniorwissenschaftler und Stellvertreter des Vorstands a. D., vhw e. V.

Erscheinungsweise

unregelmäßig

Bezug

Alle Ausgaben der vhw-werkSTADT sind unter
[http://www.vhw.de/publikationen/ vhw-werkstadt/](http://www.vhw.de/publikationen/vhw-werkstadt/) kostenfrei herunterzuladen

Titelbildquelle

Eigene Darstellung auf Basis der Sinus-Milieus